

**Bund-Länder Pakt
Von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Signal für den Wechsel

**Gerechte Gesellschaft – Erfolgreiche Energiewende
– Nachhaltige Finanzen**

**von
Peer Steinbrück, Katrin Göring-Eckardt, Jürgen Trittin
sowie den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten
und den stellvertretenden Ministerpräsidentinnen und
Ministerpräsidenten
der rot-grün und grün-rot regierten Länder**

Aufbruch statt Aussitzen

Deutschland ist ein reiches und wirtschaftlich starkes Land, in dem jede und jeder Chancen für ein gutes, selbstbestimmtes Leben haben könnte. Ein Land, das Verantwortung in Europa hat. Ein Land, in dem es viele gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und innovative Unternehmen gibt. Ein Land, in dem die Bürgerinnen und Bürger sich einmischen wollen und Verantwortung übernehmen, z.B. bei der Energiewende.

Gleichzeitig ist etwas aus dem Lot geraten in unserem Land. Der wirtschaftliche Wohlstand kommt bei Vielen nicht an. Millionen Menschen müssen zu Armutslöhnen schuften. Gleiche Bildungschancen gibt es für zu Wenige, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt für viele Menschen ein uneingelöstes Versprechen. Die Privatvermögen in den Händen einiger Weniger wachsen, gleichzeitig verfällt die öffentliche Infrastruktur. Die Energiewende stockt und beim Klimaschutz ist

Deutschland vom Vorreiter zum Bremser geworden. Die Mieten in den Städten steigen und verdrängen immer mehr Menschen aus ihren Wohnungen.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat eine genaue Vorstellung von einer guten, von einer besseren Gesellschaft. Sie wollen in einem starken Land leben mit einer gerechteren Vermögensverteilung, mit gleichen Bildungschancen sowie fairen Löhnen und einem wirksamen Schutz gegen Armut. Sie wollen in einem Land leben, das ihre Privatsphäre vor Überwachung und Ausspähung schützt, das ihre Verbraucherrechte stärkt und in dem die Banken und Finanzmärkte der Wirtschaft und den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Sie wollen in einem fortschrittlichen Land leben mit einer modernen und nachhaltigen Wirtschaft und einer umwelt- und klimaschonenden und bezahlbaren Energieversorgung. Sie wollen mehr Teilhabe und mehr Demokratie. Sie erwarten gerade nach dem Behördenversagen gegenüber der Terrorgruppe NSU klare politische Konsequenzen und eine Unterstützung zivilgesellschaftlicher Arbeit gegen Rechtsextremismus.

Aber von Frau Merkel kann dies niemand erhoffen. Die Regierung Merkel verhindert nicht nur politische Gestaltung, sie lähmt unsere Demokratie. Alles dient dem Machterhalt als Selbstzweck und dem Versuch, Konkurrenten und Öffentlichkeit zu demobilisieren. Frau Merkels „Erfolge“ bestehen darin, dass Sie innerparteiliche Konkurrenten ausgeschaltet und klare Positionen vermieden hat. Sie hat den von der FDP vertretenen Lobbyinteressen und der Klientelpolitik nachgegeben und Allgemeinwohl und Gemeinwohl zurückgestellt. Das war schlecht für unser Land.

Wir, SPD und GRÜNE, machen den Menschen ein Angebot. Ein Angebot für einen gemeinsamen Aufbruch zur Erneuerung unseres Landes. Ein Aufbruch mit klarer Orientierung, mit Realismus und Substanz. Wir wollen unser Land nicht verwalten, sondern zum Besseren verändern. Wir beteiligen die Bürgerinnen und Bürger auch dann, wenn es mühsam ist. Wir bringen unseren Haushalt in Ordnung, auch dann wenn es weh tut. Wir kündigen höhere Steuern für starke Schultern an, auch wenn uns der Wind ins Gesicht bläst. Wir machen keine Politik für Lobbyisten sondern für die Menschen.

Gemeinsam gestalten

Der Blick in die Bundesländer macht zweierlei deutlich: CDU und FDP haben abgewirtschaftet und sie haben die gesellschaftliche Mehrheit in Deutschland längst verloren. Seit Jahren kassiert Schwarz-Gelb eine Niederlage nach der anderen. Nur noch in drei Länder werden von konservativ-liberalen Koalitionen regiert.

Rot-Grün regiert besser! SPD und GRÜNE haben in den Ländern Studiengebühren abgeschafft und für bessere Kinderbetreuung gesorgt. Diese Länder treiben die Energiewende aktiv voran und sind Vorreiter beim gesetzlichen Klimaschutz. Daran werden wir ab dem 22. September auch im Bund anknüpfen. Basis unserer Stärke ist unser gemeinsames Fundament an Werten und Anliegen. Wir begegnen uns als zwei eigenständige Parteien auf Augenhöhe, die nicht nur um ihre Gemeinsamkeiten, sondern auch um ihre Unterschiede wissen. Dadurch sind beide Parteien in der Lage, mit unterschiedlichen Ansätzen Menschen aus unterschiedlichen Schichten und Lebenslagen zu gewinnen, ihre Lebensrealität, ihre Wünsche und Probleme wahrzunehmen und politische Antworten und Angebote zu unterbreiten. Schon bei der ersten rot-grünen Koalition hat dies dazu beigetragen, Herausforderungen wie

den Atomausstieg zu meistern und wichtige Reformen umzusetzen. Die Mehrheit in Deutschland will, dass Politik endlich wieder gestaltet statt verwaltet. Die Mehrheit in Deutschland will, dass soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, saubere Energie, Verbraucherrechte und wirtschaftliche Vernunft herrschen statt kurzfristigem Kalkül und Lobbyinteressen.

Wir – die SpitzenkandidatInnen, die MinisterpräsidentInnen und stellvertretenden MinisterpräsidentInnen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – wollen den Wechsel in Deutschland gestalten und wir können diesen Wechsel gestalten! Wir wollen, dass Bund und Länder endlich wieder an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen. Nur wir können aus gesellschaftlichen Mehrheiten politische Mehrheiten machen.

Rot-Grün im Bund sowie Rot-Grün und Grün-Rot in den Ländern bietet die Basis dafür, wichtige Reformen, die sich eine Mehrheit der Deutschen schon lange wünscht, endlich anzugehen und umzusetzen.

Deshalb haben wir jene Felder identifiziert, in denen wir gemeinsam, Bund und Länder, nach der Bundestagswahl unsere Handlungsmöglichkeiten sofort nutzen wollen – im Interesse der Menschen, im Interesse des Landes. Wir wollen die Synergien nutzen, die Bund und Länder erzielen können, wenn sie eine gemeinsame Vorstellung von der Zukunft haben. Wir, SPD und GRÜNE, wollen mit Bundestag und Bundesrat Politik und Gesetze in Deutschland gestalten!

Aufbruch in ein gerechteres Land

Gerechte Löhne: Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Menschen zu Armutslöhnen arbeiten müssen. Arbeit soll so entlohnt werden, dass man davon leben kann. Deshalb werden wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen, genauso wie die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Wir werden auch dafür sorgen, dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wieder Gültigkeit erlangt. Dazu werden wir die Missstände bei Leiharbeit und Werkverträgen beseitigen.

Nachhaltige Finanzen: Wir wollen die Solidarität und Gerechtigkeit stärken. Das heißt zuvorderst, dass wir im Sinne nachfolgender Generationen aufhören, Schulden auf Kosten der Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder zu machen. Wir wollen auch nicht länger zusehen, wie auf Kosten der Substanz gewirtschaftet wird und die öffentliche Infrastruktur verfällt. Rot und Grün stehen für einen handlungsfähigen Staat, der seine Schulden abbaut, die bestehenden Infrastrukturen saniert und gleichzeitig in die Zukunft investiert. Darum müssen Bund, Länder und Kommunen in ihrer Finanzkraft gestärkt werden. Für die notwendigen Zukunftsinvestitionen wollen wir die Staatsfinanzen auf ein solides Fundament stellen. Dazu werden wir den Steuerbetrug konsequent bekämpfen, den Spitzensteuersatz erhöhen, Subventionen abbauen und sehr große Privatvermögen stärker zur Finanzierung wichtiger Staatsaufgaben heranziehen. Wir haben den Mut, das vor der Wahl zu sagen.

Bezahlbare Wohnungen: Durch die Selbstblockade von Schwarz-Gelb sind in den letzten Jahren neue soziale Probleme entstanden und ungelöst geblieben. Dazu

gehört der rapide Anstieg der Mieten. Gerade in den Ballungsräumen können viele Menschen ihre Miete nicht mehr bezahlen. Wir werden deshalb unmittelbar nach Amtsübernahme im Bund zusammen mit der Rot-Grünen Mehrheit im Bundesrat eine Bremse für Bestands- und Neumieten einführen und den Grundsatz durchsetzen, dass diejenigen den Makler bezahlen müssen, die ihn bestellen.

Aufbruch in ein zukunftsorientiertes Land

Energiewende retten: Wir haben unter Rot-Grün die Energiewende erfolgreich auf den Weg gebracht. Doch Schwarz-Gelb ist mit diesem Erbe mehr als fahrlässig umgegangen. Das größte Transformationsprojekt unserer Zeit droht im Chaos zu versinken. Den Schaden haben die Verbraucherinnen und Verbraucher, die immer höhere Preise bezahlen müssen. Das lächerliche Kompetenzgerangel und die Flickschusterei der Bundesregierung werden wir beenden und dringend notwendige Schritte wie die Reform des EEG einleiten. Dies zeigen wir bereits in den Ländern: Wo Rot-Grün regiert, wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht mehr blockiert sondern befördert. Wo Rot-Grün regiert, setzen wir wie in NRW und Baden-Württemberg mit Klimaschutzgesetzen klare Anreize für den klimaverträglichen Umbau der Energieversorgung. Unser Ziel ist auch im Bund die verloren gegangene Planungssicherheit im Energiesektor wieder herzustellen, damit die notwendigen Investitionen getätigt werden können. Deshalb haben die rot-grünen Länder in den Verhandlungen der schwarz-gelben Ausbaubremse nicht zugestimmt und stattdessen unterem anderen die Senkung der Stromsteuer um 25% angeboten, um die Energiepreise zu stabilisieren. Das haben Merkel&Co. abgelehnt. Während Schwarz-Gelb den Ausbau der Erneuerbaren Energien ausbremsen will, werden wir den Umbau zur Erneuerbaren Energieversorgung fortsetzen, zugleich unser Netz ausbauen und am Einspeisevorrang festhalten. Und während Schwarz-Gelb die Kosten der Energiewende einseitig auf die Verbraucher abgewälzt hat, werden wir auch durch eine Rückführung unberechtigter Ausnahmen für eine gerecht finanzierte, für alle bezahlbare Energiewende sorgen. Dabei werden wir industrielle Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Wir werden alle Kraft darauf richten, Energieerzeugung, -verbrauch und -speicherung intelligent miteinander zu verknüpfen und die Energieeffizienz zu stärken. Wir werden die Energiewende mit den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben. Damit Energie sauberer, sicher und bezahlbar wird. Eine enge Zusammenarbeit von Bund und Ländern ist dafür unverzichtbar.

Nachhaltige Wirtschaft: Dort wo wir regieren, führen wir Ökonomie und Ökologie zusammen. Wir wollen klassische Industrien nachhaltig erneuern und Leitmärkte der Zukunft wie nachhaltige Mobilität, Energietechnologien oder Ressourceneffizienz erschließen. Das sichert und schafft zugleich neue Arbeitsplätze in Handwerk und Mittelstand. Unternehmensgründungen werden wir durch bessere Zugangsmöglichkeiten zu Wagniskapital, Darlehen und Mikrokrediten sowie zu einer passgenaueren Gründungsberatung unterstützen, z.B. für die Kreativwirtschaft. Mit einer Initiative zur Sicherung des Fachkräftebedarfs werden wir den Mittelstand gezielt stützen. Wir wollen den schwarz-gelben Investitionsstau in der Infrastruktur beseitigen und Planungsverfahren bürgerfreundlicher, demokratischer und effizienter machen. Wir wollen unsere Anstrengungen für Bildung, Forschung und Innovationen intensivieren und mehr Mittel freimachen, von den Kitas bis zu den Max-Planck-Instituten.

Schnelles Internet für alle: Für unsere Industrie und den Mittelstand liegen die wirtschaftlichen Chancen vor allem in der Digitalisierung. Wir werden die Voraussetzungen schaffen, dass unserem Land der Sprung in das neue Zeitalter der Industrie 4.0 gelingt. Dazu müssen wir vor allem den Breitbandausbau massiv beschleunigen. Auch hier ist unter Schwarz-Gelb Stillstand eingetreten. Deutschland verspielt im europäischen Wettbewerb seine Chancen. Ohne schnelles Internet verlieren Mittelständler in den ländlichen Regionen an Wettbewerbsfähigkeit und neue Geschäftsmodelle werden nicht entstehen. Beides aber ist genau das, was wir bräuchten: Unsere Wirtschaft muss sich durch Innovationen und Gründergeist ständig erneuern, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.

Finanzmärkte regulieren: Es ist höchste Zeit, dass das Primat der Politik wieder hergestellt wird. Dazu muss in erster Linie der Finanzmarkt endlich wirksam reguliert werden. Als zentrale Maßnahme dazu sehen wir die Einrichtung einer europäischen Abwicklungsbehörde mit einem bankenfinanzierten Abwicklungsfonds an. Wir wollen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler schützen. Es kann nicht sein, dass für die Rekapitalisierung bzw. Abwicklung von maroden Großbanken die Mittel aus dem europäischen Hilfsfonds verwendet werden – wie die Regierung Merkel das will. Statt der Steuerzahler müssen die Eigentümer der Banken für ihre Fehlspekulationen gerade stehen. Darüber hinaus werden wir unverzüglich eine Initiative starten, um den festgefahrenen Prozess zur Einführung der Finanztransaktionssteuer in der EU so schnell wie möglich abzuschließen, damit die Banken zumindest einen Teil des in der Finanzkrise entstandenen Schadens wieder gut machen.

Nachhaltige Lebensmittelproduktion: Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen gute, gesunde, nachhaltig und tiergerecht erzeugte Lebensmittel. Wir sorgen dafür, dass die Landwirtschaft in Deutschland diese Anforderung erfüllt. Die Intensivtierhaltung werden wir zurückdrängen und insbesondere den Kommunen mehr Möglichkeiten zur baurechtlichen Steuerung geben. Wir werden die nationalen Spielräume der Europäischen Agrarpolitik nutzen und gezielt eine umweltverträgliche bäuerliche Landwirtschaft und eine artgerechte Tierhaltung unterstützen.

Aufbruch in ein chancenreicheres Land

Endlich Gleichberechtigung: Wir wollen ein Land der Toleranz und Weltoffenheit, in dem jeder Mensch frei und gleichberechtigt leben kann. Wir wollen die Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern zurück auf die Tagesordnung bringen. Dazu gehört eine gesetzliche Frauenquote, Zu mehr Toleranz und gesellschaftlicher Gleichberechtigung gehört aber auch die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Beides haben wir im Bundesrat auf den Weg gebracht und Beschlossen. Beides aber wird noch von der schwarz-gelben Bundesregierung blockiert. Mehr Gleichberechtigung und Weltoffenheit braucht eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die Diskriminierungen bei der Anerkennung von Mehrstaatlichkeit beseitigt, die Einbürgerung erleichtert und die die Grundlage einer echten Willkommenskultur schafft.

Mehr und bessere Kitas: Mit einer Kita-Offensive investieren wir in die Zukunft unseres Landes. Wir werden, der Bund gemeinsam mit den Ländern, ein Sofortprogramm auf den Weg bringen zum weiter dringend erforderlichen Ausbau der Kitas für unter 3-Jährige. Ziel ist, vor allem Kommunen mit einem sehr hohen

Betreuungsbedarf zu unterstützen. Die Mittel werden u.a. durch die Streichung des Betreuungsgeldes zur Verfügung gestellt. Denn das Betreuungsgeld hält Kinder von frühkindlicher Förderung fern und junge Mütter und Väter vom Arbeitsmarkt. Der Platzausbau muss durch eine Qualitätsinitiative ergänzt werden. Kindern soll die bestmögliche Förderung zu Teil werden. Wir wollen bundesweit Qualitätsstandards auf den Weg bringen und einen guten Personalschlüssel rechtlich verankern.

In chancengleiche Bildung investieren: Chancengleichheit muss wieder zu einem Markenzeichen unserer Gesellschaft werden. Nicht das Elternhaus, die Herkunft, die Lebensumstände oder das Geschlecht sollen über Karrierechancen entscheiden, sondern Talent und persönliche Leistung. Voraussetzung dafür ist ein leistungsfähiges Bildungssystem für alle. In den Ländern verfolgen wir eine Bildungspolitik, die konsequent und gemeinsam mit den Eltern, Kindern und Lehrerenden jede Schule besser machen will. Ein wichtiger Baustein zu mehr Chancengleichheit sind gute Ganztagschulen. Die rot-grüne Bundesregierung hatte ein Programm für mehr Ganztagschulen aufgelegt, das viel bewegt hat. Nun stockt der Ausbau. Deshalb werden wir, Bund und Länder, in der kommenden Legislaturperiode gemeinsam ein neues Programm auflegen und finanzieren. Wir werden die Investitionen in Bildung deutlich erhöhen. Dazu brauchen die Länder aber finanzielle Spielräume – Spielräume, die Schwarz-Gelb durch Steuergeschenke für Klientelgruppen verspielt hat und die wir gemeinsam durch eine gerechte Steuerpolitik wieder schaffen werden.

Mit diesen Inhalten setzen wir ein Signal für den Wechsel. Mit diesen Inhalten wollen wir gemeinsam unser Land gestalten. Dafür werben wir bei den Bürgerinnen und Bürgern um Unterstützung.